

Impulse der Kommission I

„Profil und Programm“

Wir in Europa als Antrieb einer gerechten und solidarischen Welt!

Die SPD hat den Anspruch, Europapartei zu sein, macht daraus aber zu wenig. Die SPD muss ihr Europaverständnis klarstellen und Begeisterung für Europa wecken. Die SPD muss zudem ihr außenpolitisches Profil weiter schärfen und Anspruch und Wirklichkeit stärker in Einklang bringen. Hierbei gilt es sich von den anderen Parteien stärker als bisher abzugrenzen.

Europa – eine kritische Bestandsaufnahme

Die europäische Union ist derzeit gekennzeichnet durch mannigfaltige Krisen. Eine **Krise der Repräsentation und Zustimmung**, die sich durch das Wachstum rechtspopulistischer Parteien Ausdruck verleiht, **eine Krise der Demokratie und die Wirtschaftskrise von 2008** die immer noch nicht vollständig überwunden ist. Diese schwierige Entwicklungsphase zwingt uns die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte und insbesondere die verfehlte Krisenpolitik der EU selbstkritisch zu betrachten.

Kern der genannten Krisen ist ein **Wettbewerbsmodell**, welches die europäischen Länder zwingt in den Bereichen der Sozial-, Arbeitsmarkt und Steuerpolitik gegeneinander zu konkurrieren. Die deutsche Sozialdemokratie hat diesen Wettbewerb mit der Agendapolitik verstärkt und in der stärksten Wirtschaftsmacht und dem größtem Profiteur Europas eine **rein exportorientiertes Wirtschaftsmodell** aufgezwungen.

Diese Entwicklung führte zu wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen den Mitgliedsstaaten und wachsenden Außenhandelsdefiziten insbesondere in Südeuropa. Dies führte zu einer wachsenden Ablehnung der Europäischen Union und ihrer Institutionen bis hin zum Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU. Erst durch das entstandene Chaos ist die Zustimmung zur EU wieder gestiegen. Diese Chance muss für eine **Reform** genutzt werden.

Denn uns ist klar die gestiegene Zustimmung ist nicht nachhaltig, sollten die tieferliegenden Probleme und Ungleichgewichte in der EU nicht abgebaut werden.

Demokratisches Europa

Nationale Handlungsspielräume in der Geld-, Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden in den kommenden Jahrzehnten beschnitten ohne dass **erweiterte supranationale Kompetenzen** mit einer hinreichenden Demokratisierung der politischen Entscheidungsfindung hinzugewonnen werden konnten.

Diese Diskrepanz wird von populistischen Parteien aufgegriffen und die Rückkehr zum Nationalstaat gepredigt. Diese Forderung kann auf fruchtbaren Boden fallen, da ein Verlust von Souveränität und demokratischer Kontrolle der Politik nicht angemessen durch europäische Einflussmöglichkeiten ausgeglichen wurde. Ein Beispiel war das griechische Nein zu den vorgeschlagenen Sparmaßnahmen der sogenannten Troika, welches ignoriert wurde.

Die derzeitige Zustimmung zur europäischen Idee muss unserer Meinung nach für eine **umfassende Demokratisierung** des europäischen Projektes genutzt werden.

Wir wollen deswegen mit einem **Demokratieplan** zur Europawahl antreten, welcher folgende mittelfristigen Projekte umfassen soll:

- Ein neuer Anlauf für eine **europäische Verfassung**! Es soll ein Verfassungskonvent geben in dem gewählte Repräsentant*innen der Mitgliedsstaaten sowie Vertreter*innen der Zivilgesellschaft über die zukünftige demokratische Ausgestaltung der Europäischen Union diskutieren. Anschließend soll ein Verfassungsentwurf in allen Mitgliedsstaaten zur Abstimmung gestellt werden.
- Ein europäisches **Parlament mit Gesetzesinitiativ- und Haushaltsrecht**, welche den Namen verdienen. Das Parlament soll effektiv und aktiv für die Interessen der Europäischen Bürgerinnen und Bürger einsetzen können.
- Die Ersetzung des Minister*innenrates und des Europäischen Rates durch eine **zweite Kammer** ähnlich des deutschen Bundesrates. Gesetze bedürfen der Zustimmung im Parlament, wie der zweiten Kammer.
- Die Ausweitung von **Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit** gegenüber dem Einstimmigkeitsprinzip um Europa aus seiner gegenwärtigen Stagnation zu führen.

- Die europäische Kommission soll eine **richtige Regierung** werden die direkt vom europäischen Parlament gewählt werden soll. Hierfür ist die Reduktion der Anzahl der Kommissare notwendig. Der Einfluss der Mitgliedstaaten soll durch eine zweite Kammer mit stärkerem Gewicht kleinerer Mitgliedsstaaten ausgeglichen werden.
- Die Eurogruppe darf **nicht länger eine informelle Institution** ohne demokratische und parlamentarische Kontrolle bleiben. Sie muss einen ständigen Vorsitzenden erhalten, der eine automatische Doppelfunktion als Mitglied der Europäischen Kommission ausübt und den Parlamentarier*innen der Eurozonenländer gegenüber rechenschaftspflichtig ist.
- Der Europäische Gerichtshof soll ausgebaut und gestärkt werden und nach der Annahme einer europäischen Verfassung in ein **europäisches Verfassungsgericht** überführt werden.
- Die Wahl zum Europäischen Parlament soll von der Staatsbürgerschaft entkoppelt werden. Jeder Mensch, der sich seit einem Jahr in der EU aufhält soll das **Recht auf eine demokratische Wahl** bekommen.
- Das aktive und passive Wahlalter soll einheitlich auf 16 Jahre festgesetzt werden.
- Daseinsvorsorge soll im Europäischen Recht verankert werden.
- Freihandelsverträge sollen zu Fairhandelsverträgen umgestaltet und verhandelt werden.

Diese Maßnahmen sind geeignet das **Demokratiedefizit der EU zu bekämpfen**. Dieser Demokratieplan muss aber durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik ergänzt werden, welche für alle Europäerinnen und Europäer funktioniert.

Eine EU für alle Mitgliedsstaaten

In einer Union ist eine Angleichung von Standards „nach unten“ politisch einfacher durchsetzbar als eine Angleichung von Standards „nach oben“. Dies kann vor dem Hintergrund unterschiedlicher Rechtstraditionen, normativer Politikdifferenzen und sozialpolitischer Organisationsprinzipien zu Spannungen führen.

Am meisten leiden die Länder an der europäischen Peripherie und gerade für diese Länder sind **gemeinsame Lösungen in Fragen der Sozial-, Wirtschafts- und Migrationspolitik** entscheidend.

Dies kann kurzfristig auch über eine Ausweitung nationaler Handlungsspielräume in einzelnen Fragen beispielsweise der Fiskal- und Haushaltspolitik geschehen.

Die europäische Sozialdemokratie muss die kommende Europawahl zu einer Abstimmung über ein **erneuertes Sozialmodell für Europa** machen! Es besteht die Gefahr, dass allein über die Frage nach mehr oder weniger Europa gesprochen wird und die Frage wie Europa konkret aussehen soll vernachlässigt wird. In solch einer Konstellation kann die SPD nur verlieren, da Grüne und AfD in dieser Frage die wahrnehmbarsten Positionen haben.

Für uns ist klar wir kämpfen nicht nur gegen die Feindinnen und Feinde Europas, sondern auch **gegen pro-europäische Technokrat*innen** mit ihrem „Business as Usual“ sowie **gegen Marktradikale**, die mit ihrer Sparpolitik und Deregulierung Europa an den Abgrund geführt haben.

In einem sozialdemokratischen Europa werden die Interessen der Bürgerinnen und Bürger über das Profitstreben von Banken und Konzernen gestellt. Die **Verursacher*innen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden zur Kasse** gebeten und ihre Folgen nicht mehr auf dem Rücken derjenigen bewältigt, die auf einen starken Sozialstaat angewiesen sind. **Ein gerechtes Europa muss Umverteilung von Reich zu Arm organisieren, dass Steuer- und Bankensystem harmonisieren, Steuerflucht bekämpfen und endlich wieder in die Zukunft von jungen Menschen investieren.** Dafür wollen wir insbesondere die Eurozone zu einer politischen, wirtschaftlichen und **sozialen Union** ausbauen.

Die Sozialdemokratie muss sich deswegen insbesondere für folgende Forderungen für ein soziales Europa einsetzen:

- Die Schaffung eines **Euro-Finanzministeriums sowie -Ministers*in** und einer **Kammer der Eurozonenmitglieder** im Europaparlament sowie eines von Haushalt der EU getrennten Eurozonen-Haushalts um eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik zu ermöglichen.
- Ein **Umverteilungsmechanismus** ähnlich des deutschen Länderfinanzausgleichs in der Eurozone. Keine Währungsunion ist jemals ohne eine derartige „Transferunion“ ausgekommen. Kurzfristig sollen bestehende Programm wie der **Europäische Sozialfonds, und die Europäische Investitionsbank ausgebaut werden.**

- Die Einführung europäischer Steuern. Hierbei bieten sich insbesondere eine spekulationshemmende **Finanztransaktionssteuer von 0,1%** sowie eine **Plastiksteuer** an.
- Eine **Vergemeinschaftung von Schulden durch Eurobonds** damit sich Länder, die unter einem starken Euro leiden günstig refinanzieren können. Hierbei soll sichergestellt werden, dass jedes Land seine eigenen Schulden bezahlen muss aber es eine gemeinschaftliche Garantie gibt, dass Schulden zurückgezahlt werden.
- Die EZB soll durch den **Ankauf von Staatsanleihen** für niedrigere Refinanzierungskosten der Staaten sorgen, damit diese notwendige Reformen umsetzen können. Mittelfristig muss es Ziel sein die Geldpolitik der EZB auf die **Förderung von Wachstum und Beschäftigung** auszurichten.
- Ein Ausbau des **europäischen Investitionsprogrammes** in Höhe von einem Prozent des europäischen BIP pro Jahr gerade in Anbetracht düsterer ökonomischer Zukunftsaussichten. Öffentliche Investitionen sollen nicht mehr verschuldungswirksam gemäß der Maastrichtkriterien sein.
- **Mindeststeuersätze für Unternehmenssteuern** um den Unterbietungswettbewerb innerhalb der EU zu beenden. Hierbei soll auch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer erarbeitet werden.
- Der entschlossene **Kampf gegen Steuerhinterziehung, Gewinnverschiebung und Steueroasen**. Kernziel muss es sein, dass ein Unternehmen in dem Land wo es Gewinne erwirtschaftet auch Steuern zahlt.
- Die Einführung **europäischer Sozialversicherungen** bzw. zumindest eine Teileuropäisierung bestehender Sozialversicherungen. Insbesondere die Arbeitslosenversicherung bietet sich im Anbetracht eines europäischen Arbeitsmarktes an.
- Der einseitige Fokus auf Verschuldung und Haushaltsdisziplin hat viel Schaden angerichtet. Der Fokus muss sich in Zukunft auf eine gemeinsame fiskalische Politik, welche die Ungleichgewichte in Europa abbaut richten.
- Eine **Jugendgarantie, als Teil einer umfassenden aktiven Arbeitsmarktpolitik**, die allen Menschen unter 30 Chancen gibt eine Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Das Studium muss in allen europäischen Staaten kostenfrei sein und finanziell gefördert werden um allen jungen Menschen Chancen zu bieten. Wir lehnen Gebühren für die

Aufnahme von Ausbildungen ab und kämpfen für **europäische Mindestausbildungvergütungen**. Dieser Forderungen sind insbesondere für Staaten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit zentral.

Diese Forderungen sind zentral um eine **andere ökonomische Logik innerhalb der EU** und Eurozone durchzusetzen. Unsere Mutterpartei auf europäischer Ebene muss sich diese Forderungen dementsprechend zu Eigen machen.

Lehren aus der Krise ziehen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass der **Kapitalismus ein krisenhaftes Wirtschaftssystem** ist. Trotzdem wurden bisher unzureichende Lehren aus der letzten Krise des Kapitalismus von 2008 gezogen. In Anbetracht der Gefahr einer erneuten Krise muss die europäische Sozialdemokratie entschlossen handeln!

Maßnahmen zur Krisenprävention müssen unserer Ansicht nach folgende Punkte beinhalten:

- Eine **strukturelle Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts**, die die EU auf eine Politik des Ausgleichs des Außenhandels und die EZB auf die makroökonomischen Ziele Europas verpflichtet.
- Die Einführung einer eigenen **Refinanzierungsbank für die europäischen Staaten**, um diese völlig unabhängig vom privaten Kapitalmarkt und der politisch motivierten Spekulation zu machen.
- Den Aufbau einer starken **europäischen Finanzaufsicht** über transnationale Banken und Finanzinstitute.
- Die Schaffung einer **öffentlich-rechtlichen europäischen Ratingagentur** zur Bewertung der Stabilität der Finanzmärkte und –produkte damit die Dominanz bestehender Ratingagenturen, welche in der vergangenen Krise versagt haben, gebrochen wird.
- Die wirtschaftliche und rechtliche **Trennung von Geschäftsbanken und deren Funktion von Investmentbanken** und Investmentbanking, so dass das spekulative Investmentgeschäft nicht weiter durch Staatshaftung und Steuergelder gestützt wird.
- Stärkere Regulierung und mehr **Transparenz bei Hedge und Private Equity Fonds**, wie zum Beispiel mit der Einführung einer Bardepotpflicht.

- Die Lobbymacht der Finanzindustrie muss gebrochen werden. Initiativen wie Financewatch müssen gestärkt werden, um im komplexen Feld der Finanzregulation eine kritische Öffentlichkeit und **kritisches Fachwissen** entgegenzustellen.